



EIN EU-HAUSHALT FÜR DIE ZUKUNFT

#EUBudget #FutureofEurope



9. Oktober 2019

FINANZIERUNG DES EU-HAUSHALTS

Die Finanzierung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens muss auf einem reformierten, modernisierten Ansatz beruhen. Europa braucht ein weniger kompliziertes, aber transparenteres und faireres System, das stärker an den politischen Zielen der EU ausgerichtet ist. Die Kommission hat alternative Einnahmequellen vorgeschlagen, wie etwa Einnahmen aus dem Emissionshandelssystem oder Beiträge, die auf der Grundlage nicht recycelter Kunststoffe erhoben werden. Beides wären Einnahmequellen, die einen direkten Bezug zu den politischen Prioritäten der EU aufweisen und es ermöglichen würden, die auf dem Bruttonationaleinkommen (BNE) basierenden nationalen Beiträge, die die Haupteinnahmequelle des EU-Haushalts sind, zu reduzieren.

BEITRÄGE DER MITGLIEDSTAATEN ZUM EU-HAUSHALT: ANSTIEG NACH MASSGABE DER WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

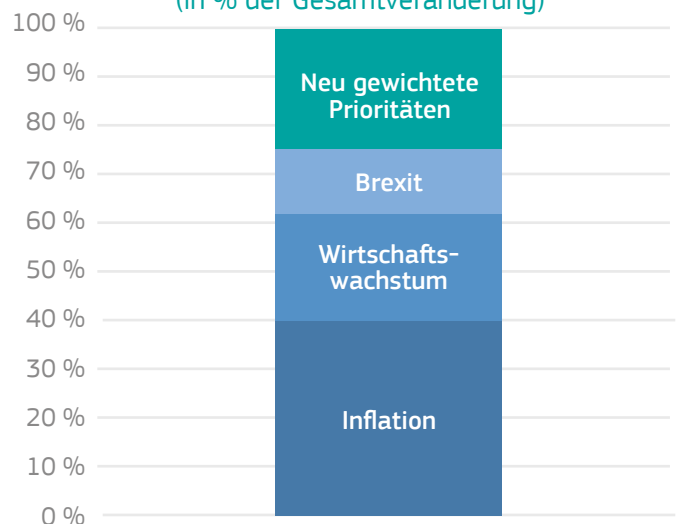
Nach dem Vorschlag der Kommission sollen im Zeitraum 2021-2027 aus dem EU-Haushalt 1279 Mrd. € (= 1,114 % des BNE der EU-27) bereitgestellt werden. Die Höhe der Beiträge der Mitgliedstaaten errechnet sich auf der Grundlage der Beträge, die die EU jedes Jahr an die Begünstigten von Haushaltsmitteln ausbezahlt hat, abzüglich der Einnahmen aus anderen Quellen wie Zöllen und Bußgeldern und bis zu einer maximalen Gesamthöhe von 1246 Mrd. € (bzw. 1,08 % des BNE der EU-27).

Von einem Finanzrahmen zum nächsten steigen die nationalen Beiträge im Zuge von Inflation und Wirtschaftswachstum – genauso wie die nationalen Haushalte. Anders als die nationalen Haushalte erstreckt sich der Finanzrahmen der EU jedoch über einen Zeitraum von sieben Jahren, sodass der jeweilige Anstieg aufgrund des längeren Zeitraums stärker zu Buche zu schlagen scheint.

Bei einem Vergleich der beiden Finanzrahmen ist zu berücksichtigen, dass sie zusammen 14 Jahre Inflation und Wirtschaftswachstum abbilden. Ein direkter Vergleich ergäbe somit ein verzerrtes Bild. Bei Betrachtung des jeweils letzten Jahrs der beiden Finanzrahmen (also 2020 und 2027), **würde sich ein Gesamtanstieg der nationalen Beiträge aller Mitgliedstaaten um ein Drittel ergeben:**

- **Der Anstieg ist zum größten Teil auf die Inflation und das Realwachstum zurückzuführen** (wie auch bei den nationalen Haushalten).
- **Ungefähr 1/8 des Anstiegs ist dem Brexit geschuldet.**
- **Und nur etwa 25 % des Anstiegs haben ihren Grund in den vorgeschlagenen höheren Aufwendungen für Forschung, Digitalisierung, Klimaschutz, Migration, Verteidigung und andere vorrangige Politikbereiche, die mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet werden.**

Ursachen der Veränderungen bei den nationalen Beiträgen 2027 gegenüber 2020 (in % der Gesamtveränderung)



*Schaubild erstellt anhand von Schätzungen, die sich auf den Kommissionsvorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027, den Haushaltsentwurf 2020 und die Frühjahrsprognose 2019 stützen.



NATIONALE BEITRÄGE: UNTERSCHIEDE ZWISCHEN DEN MITGLIEDSTAATEN

DERZEITIGES SYSTEM: UNAUSGEWOGENE VERTEILUNG DER FINANZIERUNGSANTEILE ZWISCHEN DEN MITGLIEDSTAATEN

Im Rahmen des aktuellen Systems werden einigen Mitgliedstaaten aus historischen Gründen Ermäßigungen auf ihre Beiträge bzw. Rabatte gewährt. Diese Rabatte haben jedoch eine Verzerrung des derzeitigen EU-Finanzierungssystems zur Folge, da diejenigen Mitgliedstaaten, die in den Genuss von Rabatten kommen, einen geringeren Teil ihres Einkommens zum EU-Haushalt beitragen als die übrigen Mitgliedstaaten.

Gegenwärtig gehören die fünf Mitgliedstaaten, die gemessen an ihrem BNE prozentual den niedrigsten Beitrag zahlen (Dänemark, Deutschland, Niederlande, Österreich und Schweden) zu den acht EU-Ländern mit dem größten relativen Wohlstand. Dieselben fünf Mitgliedstaaten kommen derzeit auch in den Genuss eines Rabatts auf den von ihnen zu zahlenden Beitrag zum EU-Haushalt.

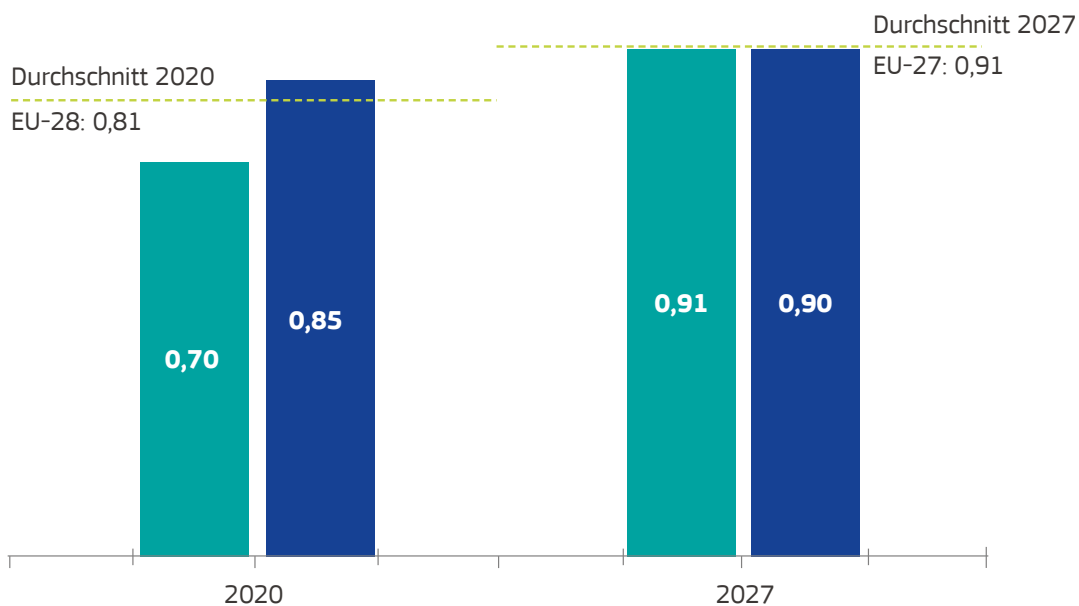
Umgekehrt leisten alle Mitgliedstaaten mit einem unterdurchschnittlichen Wohlstand trotz ihrer geringeren Kapazitäten einen gemessen an ihrem BNE-Anteil überdurchschnittlichen Beitrag zum EU-Haushalt. Einfach ausgedrückt: Die reichsten Mitgliedstaaten zahlen am wenigsten, während die ärmsten unverhältnismäßig hohe Beiträge entrichten.

MFR 2021-2027: VEREINFACHUNG UND REFORM DES EINNAHMENSYSTEMS DURCH SCHRITTWEISE ABSCHAFFUNG DER RABATTE UND MEHR FAIRNESS FÜR ALLE

Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs entfällt auch der dem Land gewährte Rabatt. Alle sonstigen Korrekturen laufen im Jahr 2020 automatisch aus. Dies ist eine einmalige Gelegenheit für eine Vereinfachung und Reform des Einnahmensystems.

Die Abschaffung sämtlicher Korrekturen auf der Einnahmenseite sollte eine der Komponenten eines fairen und ausgewogenen Haushaltspakets sein. Mit der Abschaffung der Rabatte werden die nationalen Beiträge, gemessen am Wohlstand der Mitgliedstaaten, in dem betreffenden Zeitraum immer mehr konvergieren, bis die Verteilung 2027 ausgewogener ist.

Nationale Beiträge in Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE)



- Mitgliedstaaten, zu deren Gunsten Korrekturen vorgenommen werden
- Mitgliedstaaten unter dem durchschnittlichen Pro-Kopf-BNE der EU

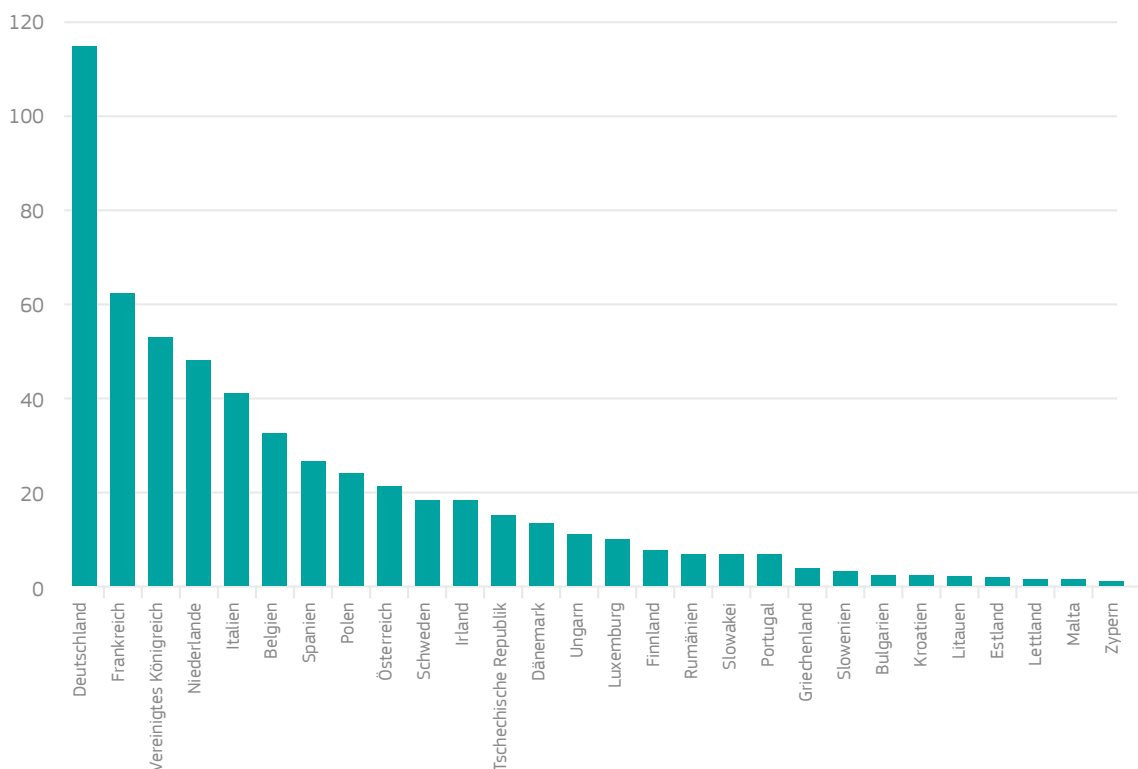


SALDENAUSGLEICH – EIN VERALTETES KONZEPT

Die Vorteile der Unionsmitgliedschaft gehen weit über Finanzhilfen aus dem EU-Haushalt hinaus. Deshalb ergibt eine übermäßige Fokussierung auf „Nettosalden“ ein stark verfälschtes Bild. Ein solcher Saldo entspricht lediglich der Differenz zwischen dem, was ein Mitgliedstaat zum EU-Haushalt beiträgt, und den Geldern, die die erfassten Begünstigten im betreffenden Land erhalten, nachdem verschiedene statistische Anpassungen vorgenommen wurden. Dieses statistische Konstrukt kann nicht maßgebend für die Festlegung der nationalen Beiträge sein, wenn man die aktuelle Haushaltsstruktur betrachtet, bei der ein zunehmender Anteil der Mittel für europäische öffentliche Güter zugewiesen wird. Mit dem Konzept des Saldenausgleichs lassen sich nicht die Vorteile erfassen, die den EU-Mitgliedstaaten aus ihrer Zugehörigkeit zum Binnenmarkt, aus den Maßnahmen zur Bewältigung der Migration und aus der Bekämpfung des Terrorismus und des Klimawandels erwachsen. Genauso wenig gibt es Aufschluss über die Geschäftsmöglichkeiten, die die Kohäsionspolitik – das wichtigste investitionspolitische Instrument der EU – für Unternehmen in der gesamten EU eröffnet. Die EU leistet einen erheblichen Beitrag zu den Volkswirtschaften ihrer Mitgliedstaaten, was bei den oben dargestellten Berechnungen völlig unberücksichtigt bleibt.

So wirkt sich der Binnenmarkt unmittelbar positiv und in beträchtlichem Ausmaß auf Beschäftigung und Wachstum aus. Die daraus resultierenden Vorteile werden auf rund 10 % des BNE beziffert. Dies entspricht mehr als dem Zehnfachen des Beitrags, den die Mitgliedstaaten zum Haushalt leisten.

Vorteile der Binnenmarktintegration Einkommenssteigerung (gegenüber dem Jahr 2014, in Mrd. EUR)



Quelle: Gabriel Felbermayr, Jasmin Gröschl, Inga Heiland (2018), *Undoing Europe in a New Quantitative Trade Model*, ifo Working Paper No. 250. Das Schaubild zeigt die Einkommenssteigerung, die nach dem angewandten Modell auf die Teilnahme am Binnenmarkt zurückzuführen ist.

Künftig wird nicht nur der Rabatt für das Vereinigte Königreich entfallen. Auch die Bedingungen, die im Jahr 1984 die Einführung eines Rabattmechanismus rechtfertigten, von dem derzeit noch andere Mitgliedstaaten profitieren, sind nicht mehr gegeben:

- **Die Ausgabenstruktur der EU hat sich verändert.** 1984 war eine Korrektur erforderlich, um der spezifischen, landwirtschaftsbezogenen Problematik des Vereinigten Königreichs Rechnung zu tragen (rund 70 % des EU-Haushalts entfielen seinerzeit auf die Finanzierung nur einer einzigen Politik, nämlich der Agrarpolitik, von der das Vereinigte Königreich weniger profitierte als andere Mitgliedstaaten). Heutzutage werden noch viele weitere Politikbereiche aus dem EU-Haushalt unterstützt, **wobei sich kein Mitgliedstaat in einer besonders benachteiligten Position befindet.**
- **Die Wohlstandslücke zwischen den Mitgliedstaaten, die in den Genuss eines Rabatts kommen,** und den anderen Mitgliedstaaten ist kleiner geworden. Im Gegensatz zu 1984, als auf das Vereinigte Königreich 92 % des durchschnittlichen Pro-Kopf-BNE der EU entfielen, wiesen die anderen fünf Mitgliedstaaten, die Rabatte erhalten, im Jahr 2018 einen Wert von 127 % des durchschnittlichen Wohlstands in der EU aus.